



Nr. 292. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 25. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreis-Gerichts-Rath Lynder zu Olpe den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Michel zu Ruhrtal den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem bisherigen Regisseur der Königlichen Oper in Berlin, jetzigen Director des Stadt-Theaters zu Köln, Moritz Ernst, und dem Bergverwalter Steinberg zu Antonienhütte im Kreise Kattowitz den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Gruben-Obersteiger Kutscher zu Clausthal das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath Geibel zu Köln den Charakter als Geheimer Regierungsrath; den Divisions-Auditeuren Ritter der 19. Division, Koch der 21. Division und Kahler der 12. Division, sowie dem Garnison-Auditeur Weissenbach in Mainz den Charakter als Justiz-Rath verliehen; den bisherigen Königlich bayerischen Auditoriats-Practanten Friederich Becker zum Garnisons-Auditeur in Stettin ernannt; und den Gymnasial-Oberlehrer Dr. Schild zu Waldenburg in Schlesien, in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Wittenberg getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Wittenberg für die gesetzliche zwölfjährige Amtsduauer bestätigt.

An dem neu errichteten evangelischen Schullehrer-Seminar zu Oels im Regierungs-Bezirk Breslau ist der Waisenhaus-Inspector und Seminar-Lehrer Seeliger zu Steinau a. D. als erster Lehrer angestellt, auch denselben die Direction dieses Seminars einstweilen übertragen worden. — Der bisherige Baumeister Rudolf Friedrich Menthäusel in Königsberg in Pr. ist zum Königlichen Landbaumeister ernannt und ihm die Schlossbauminister-Stelle dasselbst zur kommissarischen Verwaltung übertragen worden.

Dem Kaiserlichen Vice-Consul Roll in Kufstein ist auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1870 für seinen Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung erteilt worden, bürgerlich gültige Beschleifungen von Deutschen vorzunehmen und die Geburten, Heiraten und Sterbefälle von Deutschen zu beurkunden.

Es sind verekt: Der Kreisgerichts-Rath Luigis in Ahlen an das Kreis-Gericht in Lüdinghausen, der Kreisrichter Mantell in Rummelsburg an das Kreisgericht in Dortmund, und der Kreisrichter von Borsdorff in Freiburg i. Br. an das Kreisgericht in Bunsau. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichts-Assessor Dr. Brud bei dem Kreisgericht in Dortmund, der Gerichts-Assessor Böle bei dem Kreisgericht in Duisburg, mit der Funktion bei der Gerichts-Deputation in Broich, der Gerichts-Assessor Sandberg bei dem Kreisgericht in Frantzenstein, der Gerichts-Assessor Wolf und der Gerichts-Assessor Neugebauer bei dem Kreisgericht in Wohlau, der Gerichts-Assessor von Kampf bei dem Kreisgericht in Schrimm, der Gerichts-Assessor Brandenburg bei dem Kreisgericht in Lublinz. — Der Gerichts-Assessor von Bischofsheim ist zum Stadtamtmann bei dem Stadtamt in Frankfurt a. M. ernannt. — Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt: Der Referendarius Eichhorn, der Referendarius Bredereck, der Referendarius Schaller und der Referendarius Heller im Departement des Kammergerichts, der Referendarius Kumpf im Departement des Appellations-Gerichts zu Magdeburg, und der Referendarius Erxleben im Departement des Appellationsgerichts zu Celle. Dem Gerichts-Assessor Kahler ist in Folge seiner Anstellung im Reichs-Justizdienst die nachgesuchte Entlassung erteilt.

Berlin, 25. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] trafen, von Ems kommend, gestern Mittag 1 Uhr in Birkenbach ein, wo Allerhöchsteselben von Sr. Majestät dem Kaiser von Russland begrüßt wurden.

Beide Majestäten begaben sich darauf nach Schloss Heiligenberg, wo Se. Majestät der Kaiser und König von dem Gemeinderath, vielen Kriegervereinen und einer großen Anzahl von Damen, welche Blumensträuße überreichten, und in den Kaiserlichen Wagen waren, enthusiastisch begrüßt wurden. In Schloss Heiligenberg sollte die Mittagsstafette stattfinden. Demnächst gedachten Se. Majestät der Kaiser und König um 4 Uhr nach Ems zurückzukehren. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 25. Juni. [Bundesrath. — Proceß Arnim. — Sybel.] Heute Mittag hat der Bundesrath wieder eine Sitzung abgehalten, voraussichtlich die letzte. Auf der Tagesordnung stand u. A. der bekannte Antrag des Justizausschusses in Betreff der Handelsgerichte. — Der Arnimsche Proceß hatte in der zweiten Instanz bisher wenig Interesse erweckt, weil einerseits die politische Bedeutung durch die Verhandlung in der ersten Instanz, andererseits auch das Interesse an der Person des Grafen völlig erschöpft war. Als der Proceß vor dem Stadtgericht begann, umgab den Grafen noch der künstlich erzeugte politische Nimbus, der ihn zu einem möglichen Rivalen des Fürsten Bismarck mache. Durch die politischen Enttäuschungen in jener Instanz ist dieser Nimbus unwiderruflich zerstört worden und infosofern war das Interesse an dem Proceß eigentlich schon vor dem Urtheil in erster Instanz erschöpft gewesen. Es galt im Publikum schon als ziemlich gleichgültig, wie das Strafmaß befreisen würde. Die zweite Instanz hat nun sachlich nichts von allgemeinem Interesse hinzugebracht, und so waren die eigentlichen Verhandlungen vor dem Kammergericht auch in der Presse ziemlich unbedacht geblieben. Nur die juristische Welt verfolgte die Sache mit lebhafter Theilnahme wegen der juristischen Streitfrage, namentlich aber den Begriff der Urkunde u. s. w., welche der Proceß zur Erörterung gebracht hatte. Im ersten Augenblicke scheint es nun, als sollte das Urtheil zweiter Instanz, indem es die Strafe von 3 auf 9 Monate erhöht, eine höhere Theilnahme auch wieder in weiteren Kreisen erwecken, und es ist wohl möglich, daß sich die öffentliche Discussion in der sonst dünnen Zeit der Sache nochmals bemächtigt; doch wird sich ein lebhaftes Interesse schon deshalb kaum lange ausspannen lassen, weil die Motive der neuen Verurtheilung eben ausschließlich auf dem rein juristischen Gebiete liegen und es schwer sein möchte, neue politische Momente hineinzutragen. Die Sache wird nun jedenfalls vor das Obertribunal kommen, dort aber mit Rücksicht auf die Ferien-Zeit gewiß nicht vor dem Spätherbst zur Verhandlung kommen. Es bedarf bei der jetzigen Lage des Proceses wohl kaum noch der besonderen Verstärkung, daß die Andeutungen über die etwaige spätere Vergrößerung des Grafen Arnim selbstverständlich nur Conjectur der betreffenden Correspondenten sein können. — Die Ernennung des Professors von Sybel zum Director der Staats-Archive und des Geheimen Staats-Archivs ist nunmehr erfolgt.

— Berlin, 25. Juni. [Sitzung des Bundesraths. — Weltausstellung in Philadelphia.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 12 Uhr im Reichskanzleramt seine nunmehr letzte Plenarsitzung vor der längeren Vertagung unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück. Nach dem einleitenden Geschäft folgte eine Mittheilung betreffend die Einziehung des Papiergeldes in Preußen, Bayern, Königreich Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Daran schloß sich eine sehr eingehende Beratung über den Antrag der Ausschüsse betr. die Ausführung des § 9 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden; ferner die Schlafabstimmung über die Anträge Lübeck's, Bremen's und Hamburg's auf Beibehaltung der Handelsgerichte in der deutschen Gerichtsverfassung, von welcher sie nach Beschluß der

Reichstags-Justizcommission ausgeschlossen sein sollten. Zur Verhandlung standen ferner mündliche Berichte betr. die Tarifirung von groben Schuhwaren; die bei der Eichung cylindrischer Hohlmaße zulässige Fehlergrenze; über Petitionen und endlich über die Vorlage betreffend die Tagegelder u. s. w. der Reichsbahnbeamten, sowie den Erlaß von vertragsmäßig festgesetzten Conventionalstrafen. — Für den Wiederbeginn der Bundesraths-Arbeiten, welche sich dann vorzugsweise mit den Vorlagen für den nächsten Reichstag zu beschäftigen haben werden, ist, wie bereits gemeldet, die zweite Septemberwoche (etwa der 10. September) in Aussicht genommen. — Aus den Verhandlungen des Bundesrathes über die mehrfach erwähnte Unterstützung von 500,000 Mark für die Zwecke der Weltausstellung zu Philadelphia wird erschlich, daß die Reichsregierung durch die wachsende Bedeutung, welche die Ausstellung auch im Laufe der letzten Monate für Europa erlangt hat, von der ursprünglichen Voraussetzung zurückgekommen sei, daß eine Ausstellung in Philadelphia für Deutschland nur ein geringes Interesse darbieten müsse. Nach den jetzt vorliegenden Mittheilungen, gedenken zahlreiche europäische Regierungen die Beteiligung ihrer Staatsangehörigen an der Ausstellung durch erheblich weitergehende Unterstützungen zu fördern. Österreich bewilligt 150,000 Gulden in drei Raten zur Beiträgung der Ausstellungs-Commission-Ausgaben für Ausbildung des Ausstellungs-Pavills, für Jury, Katalog und Bewachung der Ausstellungsgegenstände; davon sind 30,000 Fl. zu Special-Subventionen für die Beteiligung der österreichischen Kunst, 10,000 Fl. zu dem gleichen Zweck für die Industrie ausgewiesen. In Schweden sind 400,000 Kronen (450,000 M.) bewilligt, davon sind 51,000 Kronen für die Special-Ausstellungen der Regierung bestimmt. Die belgische Regierung hat einen Credit von 200,000 Fr. für die Ausstellung beantragt, die französische Regierung beansprucht dafür 5 bis 600,000 Fr. aufzuminden. Die Ausgaben für die Leistungen, welche die britische Regierung zu übernehmen gedenkt, werden auf mindestens 40,000 Pfds. Sterl. veranschlagt. Endlich hat auch die Schweiz noch in dieser Session der Bundesversammlung die Beantragung eines Credits aus den Bundesmitteln für die Ausstellung zugesagt. Aus diesen Gründen sind Seitens des deutschen Reiches 500,000 Mark zur Unterstützung der Ausstellungs-Commission in Philadelphia beantragt und bewilligt worden. Der größere Theil der Ausgaben wird erst im nächsten Etatjahr verrechnet werden. Von der deutschen Ausstellungs-Commission ist übrigens soeben der Bergrath Dr. Wedding hier selbst beauftragt worden, sich mit den bedeutendsten Hüttenwerken direct in Verbindung zu setzen, um eine würdige Vertretung der deutschen Stahl- und Eisen-Industrie auf der Ausstellung vorzubereiten.

[Statistisches.] Nach einer im "Justiz-Ministerialblatt" veröffentlichten Uebersicht der Geschäfte bei der Justiz-Prüfung & Commission im Jahre 1874 sind derselben im genannten Jahre zur Vornahme der Staatsprüfung 272 Candidaten überrieben worden, während die Zahl derselben im Jahre 1873 331 betrug. Aus dem Jahre 1873 war noch ein Bestand von 93 Candidaten vorhanden; die Gesamtzahl derselben belief sich daher im Jahre 1874 auf 365. Von diesen hatten 25 die Prüfung zu wiederholen, und 340 hatten dieselbe zum ersten Male abzulegen. Vor der Prüfung zu wiederholen, ist ein Candidat gestorben, einer auf seinen Antrag entlassen; nach Abzug dieser 2 sind mithin verblieben 363 gegen 402 im Vorjahr. Die Prüfung haben mit Erfolg bestanden 271, und zwar 46 mit dem Prädikat "gut", 225 mit dem Prädikat "ausreichend"; dagegen ist wegen verzögter Einreichung der Relation vorweg von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen, die Prüfung haben nicht bestanden 16, und 288. Es sind mithin als Bestand verblieben 75. — Die größte Zahl der Candidaten ist aus dem Departement des Kammergerichts (75), demnächst aus den Departements von Breslau (52), Köln (39), Kassel (25) und Celle (24) zur Prüfung präsentirt worden. Aus dem Departement Ehrenbreitstein hat sich auch in dem abgelaufenen Jahre kein Candidat gemeldet. — Die Zahl der Referendarien dagegen hat sich im Vorjahr erheblich vermehrt. Am Schlusse des Jahres 1874 waren nämlich 1897 Referendarien vorhanden, während die Zahl derselben am Schlusse des Jahres 1873 1685, am Schlusse des Jahres 1872 1585, am Schlusse des Jahres 1871 1520 betrug. Die meisten Referendarien waren in den Departements des Kammergerichts (262), des Appellationsgerichtshofes zu Köln (262); der Appellationsgerichte zu Breslau (222), Celle (132), Naumburg (126) und Königsberg (104).

[Der Proceß gegen die katholischen Vereine] nahm gestern Nachmittag um 3 Uhr seinen Fortgang. Nach der Rede des Staatsanwalts Lessendorf ergriff zuerst das Wort der

Geistliche Rath Müller. Nach einer langen Auseinandersetzung über den Zweck der katholischen Gesellenvereine erklärte er, daß dieselben keine Politiktrieb haben und durchaus nicht staatsgefährlich seien. Die von ihm an den Diözesanpräses Bode gerichteten Privatbriefe seien durchaus harmloser Natur. Wenn er die ihm vom Staatsanwalt impunten Attentatspläne wirklich gehabt hätte, dann würde er wahrscheinlich darüber nichts geschrieben haben. In dem Gesellenverein habe er niemals von Attentatsplänen gesprochen, er habe im Gegenteil vor der Beteiligung an den Streites gewarnt; die Vereine seien früher wegen ihrer segensreichen Thätigkeit von den Mitgliedern des Königlichen Hauses und den Ministern belobigt worden. Im Interesse des armen Mittelstandes bitte er, den Verein nicht schließen zu wollen; derselbe werde sich jeder Kontrolle unterziehen. Die Polizei soll den Verein überwachen und sie wird sich dann überzeugen, daß nichts Staatsgefährliches darin gesprochen wird.

Staatsanwalt Lessendorf repliziert, daß man an den hier aufgetretenen Zeugen ersehen könne, welchen Schlagess die vielgepriesene Müller'sche Erziehung gewesen sei. Der Rath Müller hätte sich lieber darum befürmern sollen, die jungen Leute zu ordentlichen Staatsbürgern heranzuziehen.

Der Angeklagte Girnd, Verleger der "Germania", hebt die großen Verdienste Müllers durch seine rastlose Thätigkeit im Gesellenverein hervor und leugnet durchaus dessen Staatsgefährlichkeit. Der Staatsanwalt habe von der streitenden Kirche gesprochen, bei einem Studium des Ratzebismus, dessen Lecture er dem Staatsanwalt empfohlen, hätte sich derselbe über den Begriff "streitende Kirche" unterrichten können. Das Streitende der Kirche bedeute das Streitende der einzelnen Glieder derselben gegen das Fleisch und die Sinneslust, um auf diesem Wege den Triumph des Himmels zu erlangen. Der Begriff des Wortes "Politik" sei noch gar nicht festgestellt, jetzt habe die liberale Partei einen neuen Begriff Politik decreirt, dabei aber nicht das Vereinsgesetz geändert. In dem Verein seien nur religiöse und nicht politische Gegenstände behandelt worden. Der Pfarrer Störmann habe mit dem Gesellenverein gar nichts zu schaffen gehabt, aus dem bei ihm vorgefundene Concept könne man nicht schließen, daß der Vortrag wirklich gehalten worden wäre. Die Vereine seien in Folge des Kullmannschen Attentats geschlossen worden, daraus gehe schon die lebensmüde Art der Anlage hervor. Die Schließung der Vereine sei ein politischer Act gewesen. Er bitte schließlich die Vereine nicht aufzulösen und im Falle ihres weiteren Bestehens überwachen zu lassen.

Staatsanwalt Lessendorf erwidert, daß die Schließung der Vereine nach Lage der Sache vollkommen gerechtfertigt gewesen sei; andere Vereine habe man bestehen lassen, weil in ihnen vermutlicher Weise keine Politiktrieb getrieben sei.

Angeklagter Tischlergeselle Kriener behauptet, daß die Gesellenvereine dem Staate wesentliche Dienste geleistet haben. Die katholische Kirche stehe so festenfest, daß sie als Stütze der Vereine gar nicht bedürfe.

Angeklagter Geschirrhändler Puka entwickelt in längerer Ausführung die Idee des St. Eduard Meistervereins. Derselbe habe sich ausschließlich nur mit Geschäftsgeschäften befaßt, und haben namentlich die Kranken- und Sterbefälle sehr eingeschickt gewirkt. Diese Kasen seien auf Anregung eines reichen jüdischen Mannes gestiftet worden, der ihnen gerathen habe: "Schafft Euch erzt materielle Mittel".

Angeklagter Curator Scholz bestreitet, daß der Piusverein mit dem Gesellenverein in irgendwelcher Beziehung gestanden habe. Daß Müller dort Vorträge gehalten habe, beweise noch nicht, daß derselbe die Seele des Vereins gewesen sei. Es gebe ein Sprichwort: "Kein Vergnügen ohne Damen"; als Priester sei er außer Stande, die Wahrheit dieses Sprichworts verbürgen zu können. Es habe ihm außerordentlich viel Vergnügen gemacht, daß der Staatsanwalt durchaus die Damen in den Piusverein hineinbringen wolle. Sollte der Verein weiter bestehen, so werde er dafür sorgen, daß die Damen niemals darin aufgenommen werden.

Staatsanwalt Lessendorf repliziert, daß die Damen nicht in Vereine gehören, in welchen kirchenpolitische Gegenstände erörtert werden; wollen sich die Damen erbauen, dann können sie in die Kirche und Messen gehen.

Um 4 Uhr erreichen die Verhandlungen ihr Ende, der Reichsgerichtshof braucht die Publication des Urteils auf Sonnabend, den 26. d. M., Nachmittag 2 Uhr an.

Aus Schleswig-Holstein, 24. Juni. [Widerlegung.] Der „Nat.-Z.“ wird geschrieben: In unseren Provinzialblättern begegnete man vor einigen Tagen die der „Kieler Z.“ entnommene Mittheilung, daß unter der Leitung des Grafen Ranckau-Rastorf wohl vorbereitete Versuche zur Bildung einer conservativen Partei in Schleswig-Holstein gemacht würden. Diese Nachricht ist jedoch unbegründet. Weder Graf Ranckau-Rastorf, noch irgend ein anderes Mitglied unserer Ritterschaft denkt an die Bildung einer conservativen Partei. Es haben allerdings auf ritterschaftlicher Seite Besprechungen stattgefunden, welche eine bessere Pflege der Standesinteressen und speziell auch der Sonderinteressen des Groß-Grundbesitzes bezwecken; von der Entfaltung einer Thätigkeit auf dem Gebiete der Politik oder gar der Bildung einer politischen Partei auf Grundlage streng conservativer Principien, denen unsere Ritterschaft huldigt, ist aber bisher keine Rede gewesen.

Arolsen, 24. Juni. [Die Stände] der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont sind zu einem außerordentlichen Landtag auf den 28. Juni nach Arolsen einberufen.

Vom Niederrhein, 24. Juni. [Bur Verwaltung des Kirchenvermögens.] Die heutige „Grevenbroicher Zeitung“, die zugleich amtliches Organ für den Kreis Grevenbroich ist, enthält einen auch für weitere Kreise beachtenswerten Artikel. Derselbe lautet:

"Das Gesetz betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden setzt bestimmt in jeder katholischen Kirchengemeinde für die Besorgung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten zwei Organe ein: einen Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung, deren Mitglieder der Regel nach aus der freien Wahl der Kirchengemeinde herzugehen sollen. Die Zahl der zu wählenden Kirchenvorsteher beträgt in Gemeinden bis zu 500 Mitgliedern vier, bei mehr als 500 bis zu 2000 Mitgliedern sechs, bei mehr als 2000 bis zu 5000 Mitgliedern acht, bei mehr als 5000 Mitgliedern zehn; die Zahl der Gemeindevertreter soll dreimal so groß sein wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher. Bis zum 1. Octbr. d. J. sollen diese neuen Organe überall in Wirklichkeit treten und wird deshalb mit den nötigen Wahlen ungewöhnlich vorgegangen werden müssen. Es tritt daher an die kathol. Kirchengemeinden die Frage heran, wie sie sich zu den bevorstehenden Wahlen zu verhalten gedenken. Könnte man den ultramontanen Heilsporten des Landtages und der Presse Glauben schenken, so würde man eine (allerdings auch im Gesetz selbst vorgesehene) gänzliche Enthaltung von den Wahlen Seitens der Kirchengemeinden zu erwarten haben. So schreibt beispielswise der Abgeordnete Dr. Franz in seiner Flugschrift: „Das katholische Kirchen-Vermögen. Ein Wort an die katholischen Kirchengemeinden“ Seite 26 wörtlich: „Die katholischen Gemeinden müssen sich von der Beteiligung an einer Wahl, wie sie der (zum Gesetz gewordene) Entwurf vorschreibt, fernhalten. Das ist die Looing, die wir ausüben und befolgen müssen.“ Diese revolutionäre Theorie muß denn doch auch selbst der „Kölnerischen Volkszeitung“ etwas gar zu heiligsworrig geföhnen haben, denn in einer offenbar inspirierten Beipräfung der gedachten Flugschrift in Nr. 159, 3. Bl. glaubt sie, hinsichtlich des angeführten Französischen Sages „ein Bedenken nicht unterdrücken zu sollen“ und motiviert dasselbe, wie folgt: „An und für sich ist es gewiß zweifellos richtig, daß ein Kirchenvorstand, welcher nur vom Staate oder von der Gemeinde seinen Auftrag hat, völlig unberechtigt ist zur Verwaltung des Kirchenvermögens, und daß die Theilnahme an einem solchen Collegium und folglich auch die Theilnahme an der Wahl für dasselbe unerlaubt ist. Allein was an und für sich unerlaubt ist, kann dadurch erlaubt werden, daß die rechtmäßig zur Verwaltung des Kirchenvermögens berufenen Organe, unsere Bischöfe, die Verwaltung eines aus der Gemeindewahl hervorgegangenen Vorstandes und damit auch die Wahl für denselben zur Vermeidung größerer Unreinheit gestatten...“

Während es sich nämlich bei früheren Gesetzen (den Maigesetzen) um Rechte handelt, auf welche die Kirche nicht verzichten kann (?), wenn sie ihren göttlichen Willen erfüllen will, handelt es sich bei dem Gesetz über die Vermögensverwaltung um Maßnahmen, welche, obwohl sie ein großes Unrecht (?) der Kirche gegenüber involviert, dennoch nicht die Verfolgung ihrer Aufgabe: die Leitung der Menschheit zu ihrem übernatürlichen Ziele, unmöglich machen. Einem Gesetz der leichten Art können jogleich die kirchlichen Obern aus höheren Rücksichten — natürlich ohne die Grundsätze zu billigen, aus welchen dasselbe vorgegangen — sich sagen, wie dies übrigens durch ihr Verhalten gegenüber früheren Gesetzgebungen (beispielswise dem französischen Decret von 1809, welches dem preußischen Entwurf mehrfach ähnlich ist) bestätigt wird. Natürlich haben wir die Entscheidung unserer Bischöfe, denen es allein zusteht, auf eines ihrer Rechte, wenn auch nur teilweise, zu verzichten, abzuwarten. Wir wollten durch diese Bemerkungen nur auf ein Beben hinweisen, welches beim Lesen des Sakes: die katholischen Gemeinden müssen sich von der Beteiligung u. s. w. in uns aufgestiegenen ist.““

Der Artikel der Grevenbroicher Zeitung schließt, indem er tatsächlich constatirt, daß der Erzbischof von Köln bereits vor drei Wochen bei Gelegenheit einer Firmungs- und Visitationstreise dem verfamulierten Clerus die Mittheilung gemacht hat, die Bischöfe seien schon auf der letzten Fuldaer Conferenz dahin schlüssig geworden, „die Wahl zu gestatten“.

Aus Baiern

Vollstehens unter eine jesuitische Priesterschaft. Vom alten Kaiserreich haben sie den Haß auf das neue übertragen; sie haben den Samen der Zwietracht bereits darin gesät und den Geist des Ungehorsams gegen die Gesetze geweckt; sie wollen die Vernichtung des Deutschen Reiches und die Errichtung eines ultramontanen Regiments, dessen furchtbaren Druck und schreckliche Folgen Bürger und Bauer in Deutschland zur Genüge kennen gelernt haben. Ihnen arbeitet, uneigendem der Vergangenheit und des Berufes des Protestantismus, in die Hände die sog. „Reichspostpartei“, welche sich heuchlerisch den Namen „Nationalconservative“ beigelegt hat; auch sie hat keine aufrichtige Freude am Reich, auch sie ist eine Feindin der Freiheit. Ihre geistlichen Führer wollen, statt das Amt der Seelsorge und des Friedens zu üben, wie die Ultramontanen auch in politischen Dingen ihre Gemeinden beherrschen. Auf der anderen Seite verfolgt die sozialdemokratische Partei als letztes Ziel die Aufhebung des Eigenthums der Einzelnen, die Unterordnung aller unter die Willkürherrschaft weniger despöltischer Führer, den Umturz der gesammten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, über deren Trümmer das Arbeitshaus der Commune aufgebaut werden soll. An sie klammern sich an die zerstreuten Reste der Volkspartei, welche sich gebären, als wären sie die einzigen Hüter der Freiheit, während sie bis auf diesen Tag die Sache der nationalen Freiheit nirgends gefördert, wohl aber gleich den Ultramontanen die schwer errungene Einheit unseres Volkes immer und überall hämisch bekämpft haben.

Gelingt es der bedeutendsten dieser Parteien, der ultramontanen, bei den Wahlen die Mehrheit zu erringen, so wird ihr Sieg, der die Hoffnung aller äußeren und inneren Feinde des Reiches ist, eine schwere Gefährdung des für unseren Volkswohlstand so nötigen Friedens und damit zugleich einen neuen Anlaß zur wachsenden Steigerung der Militärlast in sich schließen. Wird aber durch ein einmütiges und entschlossenes Zusammenwirken aller liberalen Männer des Landes der Sieg für unsere Partei gewonnen, so werden nicht nur die zerstörenden, reichs- undfriedensgefährlichen Bestrebungen der Ultramontanen gelähmt, sondern es eröffnet sich auch die Aussicht, daß der freiheitliche Entwicklung im Innern unseres bairischen Landes mit Erfolg weiter arbeiten zu können.

Denn auch hier warten unserer Partei hochwichtige Aufgaben. Es gilt vor Allem die Ordnung in Staatsaufhause unter thunlichster Ersparung aufrecht zu erhalten, die Selbstverwaltung vollständiger durchzuführen, die Schwurgerichte zu erhalten, es gilt eine gründliche Reform des Steuerrechts mit gerechter Vertheilung der Abgabenlast, gesetzliche Regelung des Schulwesens und der Stellung der Kirchgemeinde zu erwirken, es gilt, die landwirtschaftlichen und industriellen Interessen jorfältig zu pflegen, und Kunst und Wissenschaft in reichstem Maße zu fördern. Mit allen diesen Vorbedingungen bleiben wir getreu den altenbahren Grundsätzen unserer Partei. Manches von dem, was wir seit langen Jahren erstrebt haben, hat sich zum allgemeinen Nutzen erfüllt; daß sich noch mehr verwirkliche, muß unser gemeinsames unablässiges Bemühen sein. Damit dienen wir dem wahren Wohl unseres Landes; so kann unser bairischer Staat auf der Bahn gesetzmäßiger Freiheit sich fortentwickeln, so kann er angehen im Reiche bleiben, so kann die Schmach vermieden werden, daß unter allen deutschen Landen allein unser Bairerland eine Beute des Ultramontanismus werde.

Augsicht dieser ersten Lage richten wir darum an alle liberalen Männer des Landes, insbesondere an alle unsere Freunde in Mittel- und Oberfranken, den dringenden Mahnras, ihrer Pflicht gegen unser Heimatland wie gegen das deutsche Reich eingedenkt zu sein und mit Aufsicht aller Kräfte mitzuwirken, daß solche Schmach und solches Unglück von unserem Vaterlande abgewendet werde. Dies soll unsere lange Arbeit für Recht und Freiheit umsonst sein, soll auf uns die Schande fallen, daß wir im ganzen Reiche angefeindet werden, gleich, als seien wir eine denkfaule Klasse, die blindlings dem Lockruf ultramontaner Führer nachläuft, gleich als hätten wir so bald vergessen, daß das kostbare Gut der lang ersehnten Einheit und Größe unserer Nation mit dem Blute auch unserer Söhne erlauft ist? Nimmermehr! Männer von Mittel- und Oberfranken, beweisen wir, daß uns eine bessere Gesinnung besteht! Der letzte Mann unserer Partei muß sich in Reih und Glied stellen, kein Alter, kein Stand, keine noch so nothwendige Berufsfähigkeit soll hier entschuldigen. Wir wissen, die Augen der lauernden Feinde des Reiches, wie die unserer deutschen Brüder im Norden und Westen sind mit Spannung auf unsere Wahl gerichtet; sie sollen sehen, daß wir in guten Treuen zum Reiche stehen, daß es auch diesseit der bairischen Grenze Männer gibt, welche das Licht lieber haben als die Finsternis, denen die Freiheit höher steht als die Kniedlichkeit, das Vaterland höher als die Interessen Derer, die ihre Heimath jenseits der Berge haben. Von uns soll keiner lässig bei der Arbeit fehlen; wir reichen uns die Hand darauf, daß wir am 15. Juli einmütig an die Urne treten werden, um deutsch und freigemachte Männer zu wählen und so des Bairlandes Ehre und Wohl zu wahren und des Reiches Frieden zu erhalten.

München, 25. Juni. [Prankh.] Die von einem hiesigen Blatte gebrachte Nachricht, daß der frühere Kriegsminister, Generalleutnant Frhr. v. Prankh, das Obercommando über das zweite bairische Armeecorps übernehmen werde, wird von gut unterrichteter Seite bestätigt.

Stuttgart, 24. Juni. [Die deutsche Partei] hat am 20. d. M. ein Fest zu Ehren ihres seitjährigen Vorstandes, des hiesigen Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Hölder, gefeiert. Aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit versammelten sich viele Parteigenossen, darunter Abgeordnete und Vertreter von Orts-Bereinen aus allen Landestheilen, um ihren Dank für Hölder's vieljährige Bemühungen an der Spitze der nationalen Partei Württemberg's an den Tag zu legen. Abg. Lang berührte in seiner Festrede die von Hölder's Person unzertrennliche Geschichte der Anfangs kleinen deutschen Partei. Hölder sagte in seiner Antwort u. a.

Es liege nahezu ein Jahrzehnt gemeinsamen Wirkens in der deutschen Partei hinter uns. Wer keinen Glauben an die Macht der Wahrheit, der politischen Idee habe, der könne durch den Gang der Ereignisse während dieser kurzen Spanne Zeit eines Besseren belehrt werden. Von den kleinen Anfängen sei die deutsche Partei ausgegangen, unter den vielfachsten und heftigsten Anfeindungen habe sie sich entwickelt, und in wenigen Jahren sei die von ihr vertretene Sache siegreich gewesen. Die politische Entwicklung in den verschiedenen Zeiten eine verschiedene sei. Wir hatten Jahrzehnte scheinbar stagnation erlebt. Allein unter der Decke sei der Strom fortgegangen und mächtig ange schwollen, um am Ende die Decke zu sprengen.

4 Straßburg, 24. Juni. [Vom Landesausschusse. — Die Aussichten der Städterweiterung.] Auf die von den Mitgliedern des Landesausschusses Baron Zorn v. Bulach und Adam gegebenen Anregungen hat der Landesausschuss, dessen Sitzungen bekanntlich nicht öffentlich sind, sich dafür entschieden, daß seinen Verhandlungen durch ausführliche Berichte in der Presse die größtmögliche Offenlichkeit zu geben sei. In Folge dessen haben die hiesigen Blätter bereits ein ziemlich ins Einzelne gehendes Protokoll der ersten Sitzung am 17. d. erhalten und veröffentlicht. Wir entnehmen denselben noch, daß die Zahl der zu Regierungs-Commissionen für den Landesausschuss ernannten Herren nicht weniger als 23 beträgt, an ihrer Spitze der Bezirkspräsident des Unter-Elsass und Curator der Universität, Herr Ledderose, und daß der Landesausschuss sich in 5 Commissionen getheilt hat, nämlich 1) für die Verwaltung des Innern, 2) die Finanzen, 3) die öffentlichen Arbeiten, 4) Justiz, Cultus und öffentlichen Unterricht, und 5) Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Auf den Antrag der lothringischen Abgeordneten Fuller und Ditsch hat das Präsidium verfügt, daß alle dem Landesausschusse zugehenden Regierungsvorlagen aus Rücksicht auf die der deutschen Sprache nicht mächtigen Abgeordneten aus Lothringen sofort ins Französische zu übersetzen sind. — Die Aussichten der Straßburger Städterweiterung haben sich in letzterer Zeit sehr gebessert. Es liegt kein Grund mehr zu der Befürchtung vor, daß Herr Bürgermeister-Verwalter Bock sich weigern könnte, den betreffenden wichtigen Contract, der die Stadt gegen Zahlung von 17 Mill. Mark in den Besitz der durch die Hinausschiebung des jetzigen Hauptwalle freiwandernden Ländereien fest, zu unterzeichnen. Wie man nämlich hört, sind demselben von der andern Seite die wesentlichsten von ihm gestellten Bedingungen zugestanden worden, z. B. Errichtung der Universitätsbauten auf dem Erweiterungsgebiete, Hinausschiebung des neuen Hauptbahnhofes um mehrere hundert Meter, bequeme Zahlungstermine u. s. w. Man hofft nun, daß der von militärischer Seite jetzt festgestellte Plan der neuen Hauptumwallung, sowie die Ab-

machungen mit der Stadt in Berlin in längstens 4 bis 6 Wochen die endgültige Genehmigung erlangen werden, so daß der Herbst dieses Jahres jedenfalls den Beginn der so alseitig ersehnten Städterweiterung erblickt.

Italien.

Rom, 23. Juni. [Die Ansprache des Papstes an die Cardinale bei seiner Erwählungsfeier] liegt nun im Wortlaut vor und man begreift, daß die clericalen Blätter Rom's Anstand genommen haben, dieselbe zu veröffentlichen. Der fruchtlose Appell an den König Victor Emanuel bezüglich des Militärdienstes der Geistlichkeit scheint Pius IX. sehr verstimmt zu haben, denn er macht in seiner Ansprache reichlichen Gebrauch von den gefährlichsten Bibelstellen und kommt wieder auf die ehemaligen schärfsten Verdammungen der Occupation Rom's zurück, die er seit einiger Zeit weniger mehr hören ließ. Er vergleicht diesmal den Einmarsch der italienischen Armee mit den früheren Eroberungen Rom's durch fremde Truppen, wobei er immerhin noch so höflich ist, Herrn Alarich nicht beim Namen zu nennen, um die Sache zu bezeichnen. Sodann schildert der Papst den Kampf „der Wahrheit mit dem Irrthum“ mit kräftigen Worten:

„Ihr sehet einerseits die Veröffentlichungen einer unverschämten, lügenhaften und lasterhaften Presse, die zum Theile von Jenen, welche sie unterdrücken sollten, beschützt und befördert wird; andererseits erblickt ihr eifrig Vereine guter Katholiken, die alle bemüht sind, Bücher mit gesunder Moral, erbauliche Werke und Zeitungen zu verbreiten, welch letztere, möchte ich sagen, einen katholizirenden Character annehmen und sich theils vornehmen, die Irrthümer zu widerlegen, die revolutionären und sectirischen Entstellungen blosszulegen.“ Ihr sehet auf einer Seite Apostaten und Ungläubige, die, weil sie zu dem lebigen Verlaufe der Dinge mitgewirkt haben, als Belohnung Lebhafteste des Unterrichts erhalten haben, um die Jugend zu verderben. Die Sache ist wirthlich schrecklich, aber leider nur zu wahr. Um diesem verheerenden Strom einen Damm entgegenzusehen, widmen sich Viele unverdrossen dem Unterricht der Jugend, theils um sie von den vergifteten Weideplätzen zu entfernen, theils um sie, nachdem sie die verdorbene Atmosphäre des Lehrers, welche auf den Cathedren der Pestilenz sitzen, eingetaucht haben, auf die Pfade der Wahrheit zurückzuführen.“

Leute mit geringem Schicklichkeitsgefühl haben selbst behauptet, färt Pius IX. fort, daß der 16. Juni für das römische Volk unbeachtet vorübergehen werde; er sei aber versichert, daß die Kirchen in dem Momente, in dem er spreche, „gesättigt und mit ungewöhnlichem Schmuck geziert seien“. Einige Jahre einer „pharisäischen, gotlosen, sectirischen Verfolgung“ haben die Kräfte der Kirche nicht zu schwächen vermocht.

Die Standhaftigkeit ist eine Tugend, die man nicht in friedlichen Zeiten erwirkt und eben diese Tugend ist es, die in dem jetzigen Kampfe kräftig erscheint. Jesus Christus selbst hat uns die Nothwendigkeit des Kampfes gezeigt, als er sagte: Ecce ego mitto vos, sicut agnos inter lupos. Der göttliche Heiland sagte nicht: Ich sende euch gegen die Wölfe, wohl aber unter die Wölfe, daher ihr immer der Gefahr, dem Biße dieser gefährlichen Thiere ausgesetzt seid, die, nachdem sie gewöhnt, darnach lecken, sich von Neuem an der fetten Weide zu laben.“

Der Papst spricht zum Schlüß die tröstliche Überzeugung aus, daß der Herr, der einst Winden und Wellen gebot, sich auch jetzt erheben werde, um mit dem nämlichen Machtwort die Verfolger der Kirche zur Ruhe zu weisen.

Rom, 21. Juni. [Die „Bolla di Composizione“ in Sicilien.] (Schluß.) 10) Wenn jerneremand in ungerechter und ungehöriger Weise dahin willt, daß jemandem seine Gerechtigkeit ertheilt wird, oder daß ein wegen Verbrechen Verhafteter frei gelassen wird, und er dafür Geld oder andere Werte empfangen hat, so kann er sich für die Summe, die er erbielt, komponiren; er muß aber die Partei, die er benachtheiligt, entschädigen, wenn er sie ausführlich machen kann.

11) Ferner kann man sich komponiren für alles im Spiel Gewonnene, das man verpflichtet wäre, den armen Spielern zurück zu geben; wenn jedoch Läufung oder Betrug dabei vorgenommen ist, oder man von Personen gewonnen hat, die kein Recht hatten, das Verlorene zu entlauen, so kann man sich nicht komponiren, und wenn man weiß, wenn man das Geld abgewann, so muß man es dem Eigentümer zurückzugeben; weiß man es aber nicht, so kann man sich komponiren.

12) Wenn ferner jemand sich für mehr ausgiebt, als er ist, oder ähnliche Dinge thut, so kann er sich wie oben für das komponiren, was er in Folge seines Aufstreites erhalten hatte; und wer um Almosen bittet, indem er vorgiebt, arm zu sein, ohne es zu sein, kann sich für das komponiren, was er auf solche Weise erhalten hat, wenn er weder in diesem noch in andern Fällen weiß, wem er das Geld zurückzuerstatten soll.

13) Ferner kann man sich für Alles, was man findet, sich komponiren, wenn man trotz seiner Bemühungen den Eigentümer nicht ermitteln kann.

14) Wer ferner einen oder mehrere Gegenstände in den Händen hat, deren Eigentümer sich nicht ermitteln lassen, kann sich über eine dem Werthe der Gegenstände entsprechende Summe komponiren.

15) Ferner kann man sich für die Schäden komponiren, die man auf der Jagd oder an dem Vieh, an den Weiden oder Weinbergen oder an irgend welchen anderen Gütern eines unbekannten Eigentümers angerichtet hat.

16) Ferner können alle Frauen, die nicht öffentlich prostituiert sind, sich für alle Goldsummen oder Schmuckstücken komponiren, die sie mit ihrer Schande erwarben; und die Männer, welche aus ähnlichlicher Ursache Geld oder andere Gegenstände von unstilllichen Frauen erhalten haben, können sich in derselben Weise komponiren.

17) Wenn ferner jemand gefälschten Wein für reinen verkauft, oder mit falschem Maße gemessen oder falschem Gewichte gewogen oder ein Ding für das andere verkauft hat, kann er sich komponiren, wenn er nicht weiß, wen er zu entschädigen hat.

18) Ferner kann man sich für jeden unerlaubten, schlecht erworbenen Gewinn komponiren, sei es, daß er aus Bucher, unverdienter Belohnung, sei es aus irgend etwas Anderem, aus Handel ic. herborger, wenn man den Eigentümer nicht kennt, dem man Eisah leisten müste, doch nur unter der Bedingung, daß man diesen Gewinn nicht mit der Absicht gemacht habe, seine Gewissensbisse mit dieser Compositionsbulle zu beschwichtigen, da er in solchem Falle Alles für den heiligen Kreuzzug überlassen muß, damit es für die genannten frommen Werke ausgegeben werde.

19) Ferner erklären, verordnen und befieheln wir General-Commissar ausdrücklich bei Strafe einer größeren Excommunication, Iatae sententiae, daß kein Commissar, Prediger oder Beamter des hl. Kreuzjuges irgend eine Composition, welcher Form sie auch sei, mache oder vermittele, indem eine jede Person, welche das Bedürfnis fühlt, über irgend eine größere Summe komponirt zu werden, als in der Bulle berücksichtigt ist, vor uns erscheinen muß. Eine jede Composition, die in anderer Weise geschieht, wird als null und nichtig in allen hier angeführten Fällen betrachtet. Und weil die Vollmacht und der Auftrag, der uns vom hl. Stuhle gegeben und übertragen wurde, allgemein ist und sich noch auf viele andere Dinge bezieht, auf welche oben genannte Composition Anwendung finden kann, so überlassen wir es dem Guiden der Beichtväter, daß sie, wie geistliche Aerzte, ihren Neugängen außer den hier genannten Fällen Alles sagen und erklären, was sie vermöge dieser Bulle und apostolischen Vollmacht zur Erleichterung und Verhüting ihrer Seelen und Gewissen erhalten können.

Rom, 22. Juni. [Die Weiheung der Welt dem h. Herzen Jesu.] Am 12. Januar d. J. überreichte der Abbs Cavalier an der Spitze einer Deputation französischer Geistlicher dem Papst eine von 160 Bischöfen und angeblich drei Millionen Gläubigen aus verschiedenen Ländern unterschriebene Petition. Die Unterschriften waren in 30 Bänden gesammelt. Die Petition beweckte, den Papst zu einem Decree zu veranlassen, wodurch die gesamte katholische Kirche dem besonderen Schutz des heiligen Herzens Jesu unterstellt und der expressen Verehrung derselben geweiht werde, sitemalen die für die gegenwärtigen Leiden der Kirche erforderlichen außergewöhnlichen Hilfen dadurch gewonnen würden.

Pius IX. empfing die Petitionen sehr freundlich, ertheilte denselben jedoch keinen bestimmten Bescheid, sondern gab die Petition in den Geschäftsweg. Es wurde damals geltend gemacht, daß es an einem Präzedenzfall nicht fehle, dem Papst eine derartige Verfügung zuzumuten, indem man als einen solchen das Decret nahm, worin der Papst 1871 den h. Josef zum Protector der gesammten katholischen

Kirche ernannte. Unverkennbar von größerem Belang war der neue Versuch, der Gesamtkirche ein specific jesuitisches Symbol aufzunehmen. Die namentlich auf weibliche Gemüther berechnete Verehrung des in Flammen stehenden Herzens eines jugendlichen Christusbildes ist bekanntlich in Frankreich im Schwange und dort nach langer Vergessenheit zu hoher Blüthe gelangt; diesem Cultus bleibe daher der jesuitische und insbesondere französische Stempel aufgedrückt.

Die Congregation der Riten hat die Petition verworfen. Eine vom Papst ernannte Commission votierte für „nihil innovandum“ und bezeichnete das Petition als „zu Abweisung geeignet.“ Diese Thatache ist in den Mantel des Schweigens gehüllt worden. Das ist um so auffallender, da das ultramontane Blatt „Journal de Florence“ vom 29. April d. J. den ganzen Thaibestand mitgetheilt hat. Dort wird das Petition als „un voeu sublime, mais peu doctrinal“ und „pas conforme à la saine et rigoureuse raison théologique“ charakterisiert. Das Journal fügt hinzu, es würde eine „Autologie“ sein, die Kirche dem Herzen Jesu zu weihen, dem sie entproffen sei: „elle est son Epouse; elle lui appartient. Comment et pourquoi la lui consacrer?“ Das „Journal de Florence“ drückt darauf den lateinischen Wortlaut des Decrets der Congregation der Riten ab, welches vom 22. April datirt und von Placido Ralli, S. R. C. Secretarius unterzeichnet ist.

Nach Inhalt dieses Decrets ist die Entscheidung zwar ablehnend ausgefallen, aber so, daß die frommen Bittsteller in irgend einer Weise zufriedengestellt würden. Es sind also diejenigen, welche sich selbst dem heiligen Herzen weihen wollen, eingeladen, ein (dem Decret beigefügtes, vom 26. April datirendes) von der Congregation der Riten formulirtes Gebet „eine Zeit lang“ (par aliquod temporis spatium) zu beten und zwar am 16. Juni, dem 200. Jahrestage der „vom Erlöser selbst an Marie Alacoque gemachten Offenbarung.“ Dieses Gebet kann in kirchlicher Gemeinschaft oder von den Einzelnen für sich allein vollbracht werden. Denen, die diese Vorschriften an heiliger Stätte ausführen, ist vollständiger Ablauf zugestehert, der auch auf die im Gegeuer Befindlichen Anwendung findet.

Die ganze Angelegenheit hat also den Verlauf genommen, daß die Petition, die Welt dem h. Herzen zu weihen, verworfen ist, dagegen den Petenten freigestellt worden, sich dem h. Herzen zu weihen, zu welchem Behuf die Form (das Gebet) vorgeschrieben ist. —

Sowohl die römische Correspondenz. Wir fügen erläuternd hinzu: Beabsichtigt war die obligatorische Weiheung der Welt; zugestanden ist die facultative Weiheung Derer, welche zu diesem Zwecke das formulirte Gebet „eine Zeit lang“ und besonders am 16. Juni gebetet haben. Die Sache kommt auf ein „Parturiunt montes“ heraus; daher das allgemeine Schweigen der ultramontanen Blätter.

Großbritannien.

A. A. C. London, 23. Juni. [Parlaments-Verhandlungen vom 22. Juni.] Im Oberhause brachte der Lordkanzler eine Gehevorlage für die Registrierung von Handelsmarken vor, die ohne Debatte zum ersten Male gelesen wurde.

Das Unterhause hielt zwei Sitzungen. In der Tagessitzung kündigte zuerst der Minister des Innern an, daß er in der Comiteeberatung des neuen Arbeitergesetzes eine Clausul einbringen werde, welche das Meister- und Arbeitergesetz von 1867, sowie den Paragraphen in dem Meister- und Dienstbotengesetz, der Contractarbeit strafbar macht, aufhebt. Zunächst stellte der Kriegsminister eine Anfrage, daß der Abwesenheit von Mr. Disraeli den Antrag, daß an jedem Dienstag für den Rest der Session die Regierungsvorlagen der Tagesordnung den Vortritt vor den Antrags- und Interpellations-Ankündigungen haben sollen. Im Laufe einer sehr erregten, aber wegen der Abwesenheit des Premierministers resultativen Debatte beklagte der Marquis von Hartington den Antrag im Namen der Opposition aus dem Grunde, daß er die Privilegien der Mitglieder des Hauses zu zeitig verkürze, und er erinnerte daran, daß die frühere Regierung einen solchen Antrag niemals vor dem 19. Juli gestellt hätte. Mr. Haweck stellte das Amendment, daß die Regierung die Dienstage nicht vor dem 13. Juli für sich in Anspruch nehm, während Mr. Forster, der diesem Amendment seine Unterstützung angeboten ließ, behauptete, daß die Regierung kein Recht besäße, dieses Zugeständnis zu verlangen, bis sie nicht das Haus informirt hätte, welche Vorlagen weiter berathen und welche fallen gelassen werden würden. Nachdem mehrere andere Mitglieder über die häufigen Tagessitzungen Beschwerde geführt, wurde die Debatte mit der Zustimmung des Kriegsministers vertagt. Den Rest der Sitzung füllte die Erörterung der Amendments zur Friendly-Societät aus, deren dritte Lestung für die heutige Nachmittagsitzung anberaumt wurde. In der Nachsitzung lenkte Mr. Hanbury-Trace die Aufmerksamkeit des Hauses auf die gegenwärtige Verhältnisse der für die Flotte und Befestigungen verwendeten schweren Geschütze und beantragte die nochmalige Niedersetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses zur Untersuchung derselben. Die Enquete, meinte er, sollte nicht die Neorganisierung des Geschützwesens zum Zweck haben, sondern einfach feststellen, ob die im Gebrauch befindlichen schweren Geschütze nicht irgend einer Verbesserung bedürfen, um sie zu den besten zu machen, die Geld oder Wissenschaft verschaffen könnten. Am Schluß einer langen technischen Debatte, im Verlaufe welcher der Woolwicher Borderladings-Kanone eingeräumt und der Stab über die Armstrong'schen Kanonen eingeraumt und der Stab über die Krupp'schen Geschütze gebrochen wurde, lehnte der Marineminister Namens der Regierung jede weitere Einmischung des Hauses in der Frage, ob Border- oder Hinterladern die geeignete Dienstwaffe seien, mit dem Bemerk ab, daß die Admiraltät dieselbe auf ihre eigene Verantwortlichkeit hin lösen würde. Der Antrag wurde hierauf zurückgezogen. Bald nachher erwies sich das Haus als beschlußfähig, in Folge dessen die Sitzung kurz nach 1 Uhr Morgens aufgehoben werden mußte.

aus 32 Mann einschließlich des Capitains Allen Young und der Offiziere, Lieutenant Billingstone, Lieutenant Petic, Lieutenant Baynon (von der holländischen Marine) und Dr. Horner, der die Expedition außer in seiner ärztlichen Tätigkeit als Meteorologe begleitet. An Bord der „Pandora“ befindet sich auch „Esquimaux Jon“, der mit Hall die Polaris-Expedition mitmachte und von Amerika herübergebracht wurde, um als Doktorlicher zu fungieren. Die „Pandora“ segelt zuerst nach Disco, und hofft die Forschungen in den Polarmeeren rechtzeitig zu beenden, um gegen November wieder nach England zurückkehren zu können. Da Lady Franklin ein beträchtliches Theil der Ausrüstungskosten bestreiten wird, wird die „Pandora“ wahrscheinlich das von M. Clinton begonnene Forschungswerk nach Überresten von Sir John Franklin's Expedition fortsetzen.

[Die Eriebahn.] Die englischen Actionäre dieser Bahn, die ein Capital von über eine Million Lstr. repräsentieren, werden am 5. Juli in Cannon-street Hotel London, eine Versammlung abhalten, um zu erwägen und zu beschließen, welche Schritte zum Schutz ihrer Interessen in der gegenwärtigen Lage der Bahn gethan werden sollen. „Dies ist ein Schritt“, bemerkt die „Times“ in ihrem Cittbericht — „der schon lange hätte gethan werden sollen. Die Eriebahn besitzt eine Ertrags-Fähigkeit, die keiner anderen Eisenbahn in den Ver-Staaten nachsteht, aber die Gesellschaft ist zum Spielball von Speculanen und Eisenbahn-Aventurern geworden.“

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 15. Juni. [Minister-Veränderung.] Proces. — Merkwürdige Entdeckung.] Wieder haben wir eine Minister-Veränderung. Aris Pascha, der Unterrichts-Minister, ist zum Minister der Justiz ernannt worden und an seine Stelle Oschevded Pascha, der sehr thätige General-Gouverneur von Albanien, aus Janina herberufen. Derselbe war auch schon früher sechs Monate Unterrichts-Minister. Seinen Bemühungen verdankt das Museum das neubewilligte Local des Tschinieli-Kieus, mit dessen Restauration der Director Dr. Dethier beschäftigt ist. — Die Mörder des griechischen Bischofs von Peristassi sind ergreissen. Der Proces wird lehrreiche Enthüllungen im Gefolge haben und wieder einmal zeigen, wie schwer zu verdauen das seit dem Krimkriege in die türkischen Provinzen aufgenommene tscherkessische Element ist. Diese Urmenschen ohne alles Gefühl für Mein und Dein stehen auf der rohesten Stufe der Menschheit. Was sie finden, leben oder nicht leben, Menschen oder Vieh, gehört ihnen, wenn sie sich dessen bemühen können. Einige Tausend derselben mit einem Räuberhauptmann als Chef wurden z. B. in irgend einer Gegend aufgenommen und erhielten im ersten Jahre einen namhaften Beitrag, um zu leben, Grundstücke zu bebauen und zur Ansiedlung. Das genügte im ersten Jahre, wobei die Leute sich dem gewohnten doole far niente überlassen konnten. Im zweiten Jahre natürlich gab die Pforte nur noch die Hälfte. Das reichte nun nicht mehr und der Chef — so erzählte dieser selbst ganz naiv einem unserer Freunde — erlaubte, „ein Bischen vom Nöthigen“ in den benachbarten türkischen Dörfern, auf den Feldern und auf den Straßen zu nehmen, vorzüglich in der Nacht, wenn die Besitzer schliefen. Im dritten Jahre fehlten die Beiträge der Pforte ganz; auch war auf tscherkesschem Bodennichts angebaut. Die anderen Menschen bauten ja ihre Felder, zogen ihre Schafe, Kinder, Ziegen, Esel, und das gehörte nach Belieben denen, die stark genug waren, es sich anzueignen. Der Chef meinte, man hätte wohl etwas nehmen können, aber man habe sich zu viel erlaubt. Sieht man sich nun in den nichttscherkessischen Dörfern um, so findet man die Ställe leer an Pferden, Kühen, Ziegen und Schafen; wo aber die Tscherken hausen da sind die Ställe vollgekippt. Das ist ein trauriger Schlüssel zum civilisatorischen Vorgehen der Russen. — Ein schönes Bild von den Zuständen der Verwaltung in der Türkei gibt die gestrige Turquie in einem Briefe aus Damaskus. Dort sind nämlich Entdeckungen gemacht worden, nicht Alterthümer, so sagt die Turquie, wie sie Dr. Dethier gern fürs Museum haben möchte, sondern 21 Dörfern, blühend und unbekannt, die in keinem Kataster stehen und nie Tribut und Abgaben gezahlt haben. Auch eine schöne Aussicht! Der Finanz-Minister wird diesem Nebelstande gewiß gern abhelfen.

(A. 3.)

Afien.

[Die Einsetzung des neuen Guikowar von Baroda] ist den indischen Zeitungen zufolge ohne Störung vor sich gegangen. Die Einsetzungsfestlichkeiten fanden am Donnerstag den 27. Mai statt und wurden von dem englischen Commissar Sir Richard Meade geleitet. Kurz nach acht Uhr Morgens stellte sich der Zug an dem Laheripura-Thore der Stadt auf. Die englischen Beamten und Offiziere ritten auf Elefanten; in den Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, bildeten Truppen Spalier und vor dem Palaste des Guikowar war eine Ehrenwache zu Pferd und zu Fuß aufgestellt. Sir Richard Meade wurde mit einer Ehrensalve von der britischen und einheimischen Artillerie begrüßt. Im Thronsaale angelkommen, führte Sir Richard Meade den jungen Gopalrao zum Gadi (Thronstuhl) und setzte ihn im Namen der britischen Regierung zum Maharaja von Baroda ein, wobei er seinen Namen in Seia'rdo umwanderte, so hatte Mulharao Vater geheißen. Hierauf hielt er eine Ansprache in Hindustani an die Versammlung und forderte sie auf, die neue Regierung zu unterstützen. In Gegenwart Jumnaibai machte er sodann den neuen Maharaja auf die Pflichten seiner Fürstlichen Würde aufmerksam. Jumnaibai stellte den britischen Beamten und Offizieren, die der Einsetzung angewöhnt, für ihre Anwesenheit danken und lud alle zum Frühstück ein. Die Großen von Baroda huldigten dem jungen Fürsten und brachten ihm Geschenke dar; auch der befreundete Maharaja Holkar hatte solche gesandt. Die Salven der britischen und einheimischen Artillerie, letztere bediente sich der gold- und silber eingeflegten Kanonen, verkündeten dem Volke von Baroda die Thronbesteigung des neuen Regenten. Am nächsten Tage besuchte der Maharaja die Tempel der Stadt und stattete Sir Richard Meade einen Staatsbesuch in der britischen Residenz ab. Der Guikowar ist erst zehn Jahre alt und die Last der Staatsgeschäfte wird für die nächsten Jahre seine Schultern nicht drücken.

Provinzial-Beitung.

** Breslau, 26. Juni. [Der Oberpräsident von Norden-skyt], welcher bisher zur Disposition gestellt war, hat seinen Abschied aus dem Staatsdienste erbeten.

* [Ein geistlicher Schreibbrief.] Ein im Laufe der Verhandlungen gegen die Berliner kath. Gesellenvereine zur Verleistung gelangter Brief des geistlichen Rath Müller an den Diözesanpräses der katholischen Gesellenvereine Curatus Bode in Breslau lautet nach genauer Wiedergabe folgendermaßen:

Hab' voriges Jahr in Schwerin die geistlichen Übungen bei St. Ursula unterstützt und gefaßt, sollte kein anderer Helfer für 1874 zu finden sein, so wäre ich wieder bereit. Nur wollen sie keinen Anderen gefunden haben, können aber vor dem Schlusse der Schulen 18. Juli keine Exercitien halten mit End Juli muß ich wieder gen Berlin, die Übungen aber sind jetzt mit einem Triumvir für die Leisentschwestern.

Der Himmel will vielleicht, daß ich nicht wieder so viel plaudere, als bei den letzten beiden Versammlungen — also — schreibt er den Krieg vor!

Ich werde mit den Dominicanern reden, die Schlesien unter bischöflichen Approbation exerciren.

Wenn nicht — denn — hat der Himmel es anders gewollt.

Uebrigens wird diesmal die Verhandlung wol mehr bloße Spezialitäten

Oberschlesiens haben, da die Krise der Gesellenvereine vorüber ist. Seitens des Liberalismus — von uns aber noch zu lehren sein wird, bis nach dem Kriege mit politischem Entscheide.

In corde Jesu

Euer Hochfürden

Breslau, 15. Juni 74.

gehorsamste

Müller.

* [Bewaltung von Kirchenvermögen.] Das heutige Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Oppeln enthält folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 21sten Mai 1874 ist der Leyen-Obl zu Boronow zum Commissär bestellt, welcher das mit der vacanten Pfarrstelle zu Boronow, Kreis Lublinz, verbundene Vermögen bis zur gesetzmäßigen Wiederbesetzung der Stelle beziehlich bis zur gesetzmäßigen Einrichtung einer einzweiligen Vertretung zu verwalten hat.

Breslau, den 11. Juni 1875.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Graf Arnim.

V Warmbrunn, 24. Juni. [Ergebnisse.] — Johanniseuer.] Die Aussichten für die Ernte im Gebirge sind im Allgemeinen ziemlich zufriedenstellende, obgleich verhältnismäßig wenig Regen fällt. Roggen- und Weizenfelder stehen zwar nicht besonders dicht, versprechen jedoch einen nicht ungünstigen Körnerertrag. In letzterer Zeit fehlt besonders für die Sommerung zur Kräftigung der Blüthe der Regen nicht wenig. Einen durchgängig hoffnungsvollen Anblick gewähren die Kartoffelfelder. Die Heuerne ist jetzt überall im Gebirge im Gange und dürfte, wenn wir noch vor der Getreideernte einige geringe Regenmilderungen zu erwarten hätten, auch der zweite, nämlich der Herbstheuer nicht ungleich besser, als im vorigen Jahre aussfallen, wo der Landwirth größtentheils nur auf die erste, allerdings sehr ergiebige Heuerne angewiesen war. Man hört indes, daß anderwärts im Gebirge mehr Regen, als gerade hier im Warmbrunner Thale gefallen sein soll. — Der gestrige Johannisabend war somohl vermöge seiner höchst angenehmen Temperatur + 16 Gr. R., als hinsichtlich seiner vollkommenen Windstille einer der schönsten seit vielen Jahren, wovon die in diesem Jahre außerordentlich zahlreichen Gebirgsheuerne den sprechendsten Beweis liefern. Den reizendsten Anblick gewährten diese Abend- und Nachfeuer ohne Zweifel vom Scholzenberge, auf welchem sich vorzugsweise die Fremdenwelt Warmbrunns, ungeachtet seiner grössten geschwundenen Romantik, zahlreich eingefunden hatte. Von hier aus konnte man nicht nur die ganze Linie dieser Freudenfeuer an den Vorbergen des Riesengebirges, sondern auch einzelne prächtig erleuchtete Punkte auf dem Hochgebirge selbst am günstigsten beobachten. Vor allem erglänzten vom Koppenflegel und von der Schneegrubenbaude herrliche Lichter. Wir nahmen von ersterer anfänglich ein hell strahlendes weißes, später ein blaues, dann ein röthliches Licht wahr, was auf ein bergalischs Freudenfeuer schließen ließ. Das Schneegrubenfeuer zeichnete sich durch die grösste Intensität des Lichtes aus, blieb jedoch einfarbig. Sehr verschiedenartige Beleuchtungsformen nahm auch das Feuer vom Sknaft an. In der Nähe des Weibrücksberges, auf welchem sich ebenfalls viele Freunde wegen der Nähe Warmbrunns eingefunden hatten, konnte man dem Schauspiel der tanzenden feurigen Wesen aus nächster Nähe zuschauen. Auch der Scholzenberg hatte für ein solches Schauspiel unmittelbar an seinem Fuße Sorge getragen. Der Blick nach Hirschberg gewährte ebenfalls einen bezaubernden Anblick, da von allen kleinen Hügeln solche Feuer erglänzten. Sehr lebhaft war auch der bekannte Capellenberg und die ihn umgebenden Höhen erleuchtet. Es war, als ob bei dem prächtigen Abende Fern und Nähe sich traulich berührten und dem leider schon wieder scheidenden Frühling noch einen großen Fackelzug darbrachten.

s. Waldeburg, 24. Juni. [Elementarlehrer-Pensions-Kasse.] — Bergmännische Unterstützungs-Kasse. — Zur Entwicklung des hiesigen Vorschußvereins. — Opern-Gesellschaft.] Erst vor kurzem war das hiesige königl. Kreis-Steuer-Amt durch die königl. Regierung veranlaßt worden, wegen Schließung der Elementarlehrer-Pensions-Kasse für die Provinz Schlesien von Einziehung der Beiträge zu dieser Kasse bis auf Weiteres Abstand zu nehmen. Nachdem jedoch die durch Schließung der bisherigen Pensions-Anstalt hervergerufenen Kräuterungen ihre Erledigung gefunden haben, hat das Kreis-Steuer-Amt Anweisung erhalten, von denjenigen Lehrern und Lehrerinnen des Kreises, welche bei der gedachten Kasse auch ferner Mitglieder bleiben, die zu entrichtenden Beiträge von 4 M. 50 Pf. für das Jahr 1875 bald und künftig alljährlich am 1. Mai einzuziehen. Die in Dörfern stehenden Beiträge sind nicht, wie bisher, von den resp. Schulstellen, sondern von deren Inhabern zu entrichten. — Der Rechnungsbeschluß der bergmännischen Unterstützungs-Kasse pro 1874/75 weist u. d. März 1874 einen Beitrag von rund 14,683 Thlr. nach. Die neuen Einnahmen, worunter sich 6776 Thlr. Antrittsgelder und Beiträge befinden, belaufen sich auf 7569 Thlr., so daß die Einnahme incl. Bestand 22,255 Thlr. beträgt. Unter den Ausgaben, welche die Höhe von 8293 Thlr. erreichen, befinden sich 3106 Thlr. Pensionsgelder an Invaliden, 4330 Thlr. Pensionsgelder an Wittwen und Waisen, 404 Thlr. Krankengelder und 88 Thlr. Begräbnissbeiträgen. Das Vermögen der Kasse stellt sich auf 14094 Thlr. Die Zahl der Mitglieder betrug in den drei Klassen u. d. März 1875: 2199, der Invaliden 244, der Wittwen 518, der Waisen 310. — Über die Entwicklung des hiesigen Vorschußvereins seit dessen Begründung im Jahre 1860 geben folgende Zahlen Aufschluß: Die Zahl der Mitglieder ist von 148 auf 1669, das Mitgliedervolumen von 633 Thlr. auf 75,133 Thlr., der Kassenbestand von 74 auf 14,238 Thlr., die aufgenommenen Spareinlagen und Depositen sind von 717 auf 574,970 Thlr., die gewährten Vorschüsse und Prolongationen incl. dieser Wechseln von 11,835 Thlr. auf 3,160,232 Thlr., die eingenommenen Binsen von 240 auf 36,902 Thlr., die Verwaltungskosten und Gehalte von 67 auf 3684 Thlr., der Steingewinn ist von 39 auf 12,330 Thlr. gefiegen. — Die guten Leistungen der Opern-Gesellschaft des Theater-Directors Schiemang in Salzburg sind mehreren Kunstfreunden von hier Veranlassung gewesen, Lehter zu erlösen, wöchentlich ein oder zwei Mal im hiesigen Schwert-Theater ein Gastspiel seiner Opern-Gesellschaft zu veranstalten. Herr Schiemang wird diese Aufforderung Folge leisten und nächsten Sonnabend mit seinen Vorstellungen beginnen.

p. Strehlen, 24. Juni. [Pensionierung des Bürgermeisters.] Am 1. Juli wird unser Bürgermeister Schmidt sein Amt niedergelegen und in den Ruhestand treten. Die Königliche Regierung hat seine Wirksamkeit in schöner Weise anerkannt, indem sie dem Scheidenden beigelegt, daß er sein Amt nicht nur mit Pflichttreue verwalte, sondern sich auch als einen befähigten, gewandten und umsichtigen Verwaltungs- und Polizeibeamten bewährt habe. Bürgermeister Schmidt hat während der sechsjährigen Amtszeit sein schöpferisches Talent vortrefflich bewiesen; Was er anfaßte, gelang auch unter seinen Händen und so verdanken wir ihm eine große Reihe von vorzülichen Einrichtungen. Hierher gehören: die Errichtung einer Feuer-Wöch-Ordnung und einer Straßen-Polizei-Ordnung, die Errichtung eines Armen-Vereins zur Verbindung des Bettelns, eines Verschönerungs-Vereins, einer Vorschuß-Kasse mit Spaarkasse für Stadt und Kreis Strehlen, einer freiwilligen Feuerwehr, die gerade in jüngster Zeit Gelegenheit gefunden, sich die Anerkennung und den Dank Alles zu erwerben, die Errichtung einer städtischen Gasanstalt und die Errichtung eines städtischen Gymnasiums. Bürgermeister Schmidt hat auch die schwierigen Verhandlungen wegen Erlangung einer Eisenbahn und Anlegung eines Bahnhofs in der Nähe der Stadt glücklich durchgeführt; durch Neuverpachtung des Steinbruchs hat er der Stadt eine jährliche Einnahmequelle von 10,570 eröffnet, und nach Uebernahme und Separation des Gutes Müldendorf wurde von ihm das städtische Schuldenwesen durch Aufnahme eines Darlehns von 150,000 Thlr. zu 4% Procent mit 30jähriger Amortisation aus dem Reichs-Invaliden-Fonds regulirt. Einem solchen Werke gebührt die volle und allseitige Anerkennung. Leider wird es dem Bürgermeister nicht mehr vergönnt, den Bau des Gymnasial-Gebäudes in Angriß genommen zu sehen, da der Submissions-Termin auf den 12. Juli hat verlegt werden müssen.

r. Namslau, 24. Juni. [Dienstalterszulagen für Lehrer.] — Weideräumung. — Schuppsoden-Impfungstermine. — Aus der Sitzung des Gemeinde-Kirchenrats und der Gemeindevertretung.] Die hiesige Kreissteuerkasse hat die Anweisung erhalten, den Elementarlehrern die staatlichen Dienstalterszulagen in der jeweiligen Höhe und nach den gleichen Grundsätzen, wie im Vorjahr zu zahlen. Die Zahlung erfolgt für das erste Halbjahr im Anfang des Monats Juni, demnächst aber in monatlichen Raten pränumerando oder quartaliter zu Anfang des letzten Quartalsmonats. — Die Räumung des Weideschlusses im diesjährigen Kreise erfolgt während der Zeit vom 28. Juni bis 14. Juli d. J. — Die Termine zur Schuppsoden-Impfung sind während der Zeit vom 26. d. Mts. bis zum 10. I. Mts. für den hiesigen Kreis anberaumt. — Die gestrige Nachmittag in der hiesigen evangelischen Kirche abgehaltene Sitzung des Gemeinde-Kirchenrats und der Gemeinde-Vertretung war auf Grund des § 30 Abschnitt 2 der Synodalordnung einberufen worden. In Erledigung der Tagessitzung wurde zuerst dem Kirchafassen-Rendanten Herrn Hildebrandt auf Grund der geprüften und von der Finanz-Commission für richtig befundenen beiden Halbjahrs-Rechnungen der Gehaltskasse und der Kirchafasse pro 1874 Decharge ertheilt. Demnächst erstattete Herr Bürgermeister Berger als

Vorsitzender der Finanz-Commission Bericht über die Erledigung der ihr gestellten Aufgabe hinsichtlich des aufzustellenden, neuen Kirchen-Ests. In Berücksichtigung, daß der bisherige, für die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Juni c. prolongierte Kirchafassen- und Gehalts-Kassen-Est nur als ein Provisorium zu betrachten, in Berücksichtigung ferner, daß für jetzt und auch für die nächste Zeit noch nicht abzusehen sei, in welcher Weise der Staat den einzelnen Kirchengemeinden mit Staatsmitteln zu Hilfe kommen werde, und in fernerer Berücksichtigung, daß ohne eine jede Beihilfe von Staatsmitteln die hiesige Gemeinde ohne eine sehr bedeutende Kirchensteuer für jetzt eine Fixation der sämtlichen Kirchenbeamten nicht denken könne, — schlug die Finanz-Commission, obwohl sie sich nicht vertheilen konnte, daß durch eine Tordianer des bisherigen Provisoriums die Kirchenfasse durch die Unzulänglichkeit der Gehaltskasse arg geschädigt werde, dennoch eine Verlängerung des bisherigen Provisoriums bis ultimo December 1876 bis wohin in irgend einer Weise eine Klärung dieser Angelegenheit ja eintreten werde und eintreten müsse, — vor. Die Versammlung stimmte vorbehaltlich der Genehmigung des Consistoriums und des Patrons dem bei. Die demnächste Vorlage betraf den Antrag des Gemeinde-Kirchenrats, betreffend die Aufhebung des Simultan-Gebrauchs des Gerhardischen und des sogenannten (Hahnischen) neuen Kirchen- und Haus-Gesangbuchs. Nachdem Referent, Herr Pastor Kawada, anknüpfend an die diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Provinzial-Synode und die darüber ergangenen Bestimmungen des evangelischen Oberkirchenrats darauf hingewiesen, daß bei einem solchen Simultan-Gebrauch des Gerhardischen und des sogenannten (Hahnischen) neuen Kirchen- und Haus-Gesangbuchs. Nachdem Referent, Herr Pastor Kawada, anknüpfend an die diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Provinzial-Synode und die darüber ergangenen Bestimmungen des evangelischen Oberkirchenrats darauf hingewiesen, daß bei einem solchen Simultan-Gebrauch des Gerhardischen und des sogenannten (Hahnischen) neuen Kirchen- und Haus-Gesangbuchs.

□ Neustadt O/S., 25. Juni. [Nichtbestätigung] Der gestern hier anwesende Herr Ober-Präsident teilte den im Sitzungssaale des Rathauses versammelten Stadtverordneten, nachdem ihm dieselben durch den Herrn Bürgermeister Kammerer persönlich vorgelesen worden waren, mit, daß Sr. Majestät die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters nicht bestätigt hat. Diese Mittheilung übte einen so niederschmetternden Eindruck sowohl auf den Betreffenden als auch auf die Versammlung, daß Niemand ein Wort zu erwideren fähig war, und der Herr Ober-Präsident mit einer kurzen schwerwiegenden Mahnung an die der Mehrzahl nach ultramontan gesinnten Stadtverordneten sich kurz verabschiedete.

* Pleß, 24. Juni. [Eine tragische Scene] hat sich gestern Abend nach 8 Uhr auf unserem Ringplatz abgespielt, zu welcher nach einem on dit ein Entscheidungsprozeß Veranlassung gegeben haben soll. Der Bruder der in Scheidung lebenden Frau, welcher mit ihr gestern hier eingetroffen war, wollte an seinem Schwager Radt nehmen und hatte zu diesem Zweck gestern Nachmittag in Begleitung des früheren Hausfreundes der Familie — eines Lieutenant aus der benachbarten Garnison Sorau — auf seinen Schwager gefahndet. Nach 8 Uhr endlich wurde Letzterer in Begleitung eines hohen fürstlichen Beamten auf dem Ringe promenirend getroffen. Nun sollte die Stunde der Radt nicht länger ausbleiben. Herr B., so wollen wir den Bruder der Frau nennen, ging mit seinem Begleiter sofort seinem Schwager entgegen, welcher, nichts ahnend, von ihm angegriffen und mit Misshandlung bedroht wurde. Während dieser nun seinen Angreifer in gebührender Weise abfertigte, wobei der andere Herr in schlichtender Weise nicht unthalig geblieben sein soll, glaubte der Offizier, daß es Zeit sei, in die Action mit einzutreten und für die Dame eine Lanze zu brechen. Das sollte aber nicht so glatt ablaufen, denn der von ihm bedrohte Schwager des Herrn B. ließ ihm eine schlagende Empörung zu Theil werden. Man rief nach der Polizei, die jedoch erst dann erschien, als diese Scene vorüber war und die abgefertigten Akteure sich aus dem Staube gemacht hatten. Als die heilige Herrmandat erschien, um die beiden Angreifer zu verfolgen, waren dieselben in einem in Schmidt's Hotel schon bereit gestandenen Wagen mit der betreffenden Dame in aller Eile davon gefahren. — Daß es bei dem ganzen Vorfall an einer großen Menge Zuschauer nicht fehlte, ist selbstverständlich. Heute soll sich der Herr B., welcher österreichischer Offizier gewesen sein soll und der von hier aus polizeilich sofort verfolgt wurde, freiwillig auf dem hiesigen Bürgermeisteramt gestellt haben. Die polizeilichen Verhandlungen bezüglich des Vorfalls sollen bereits im Gange sein.

○ Muslowitz, 23. Juni. [Eisenbahngängegelegenheiten.] Es ist unsere Absicht nicht, das Lob zu schmälern, welches die Bewohner unserer Nachbarorte der Eisenbahncommission in Katowitz theils den dieser Behörde vorgelegten Behörden gegenüber, theils durch unsere großen und kleinen Zeugungen zulassen. Doch sind wir nicht in der Lage, auch unsererseits in diese Lobeserhebungen einzustimmen. Das Bahnhofsterrain der Oberschlesischen Eisenbahn liegt innerhalb der Stadt Muslowitz und wurde bisher durch verschiedene Niveauübergänge, welche die Communication zwischen dem nördlichen und südlichen Stadttheile bildeten, gestutzt. Um den Bahnbetrieb möglich zu fördern, vermittelte die hiesige Behörde der Bahnhofswartung den billigen Erwerb einer großen Anzahl städtischer Grundstücke zur Erweiterung des Bahnhofes und willigte in die Castration der Niveau-Übergänge, wogegen die Bahnhofswartung nun die Verpflichtung übernahm, dafür einige Unterführungen zu bauen, zu beiden Seiten der Bahn Parallelstraßen zu führen und eine Verbindungsstraße zwischen der einen Unterführung und der nach Rusland führenden Modzezworfer Straße herzustellen. Bis nach vollendetem Ausführung dieses Projektes sollten die vorhandenen Niveau-Übergänge zum Theil stehenbleiben. Wenn schon durch diese Vereinbarung der Stadt eine bedeutende Verkehrshemmung erwachsen ist, so glaubten doch die Stadtväter schon deshalb der Eisenbahn-Behör

hat sich einige Meilen von hier in Galizien der Fall ereignet, daß es bei einem Gewitter in kaum zehn Minuten, in zwei nebeneinander stehende Gefäße 3 Mal einschlug. Dieselben brannten nieder, Menschenleben sind glücklicher Weise nicht eingebüßt worden.

O Gleiwitz, 24. Juni. [Gewerbeschule. — v. Schmidt. — Lieder-tafel.] Das Lehrer-Collegium der Gewerbeschule hat dem ehemaligen Bürgermeister Herrn Leuchert, der nun auch aus dem Curatorium geschieden ist, eine lithographisch schön ausgeführte Adresse überreicht, in welcher der Dank für seine Bestrebungen für die Anstalt ausgesprochen ist. — Der Oberst-Lieutenant Herr b. Schmidt ist auf sein Ansuchen von Sr. Majestät dem Kaiser und König von der Führung des Bezirkscommando's des Gleiwitzer Bataillons entbunden worden, und ist ihm unter Anerkennung seiner 41jährigen Dienstzeit und achtjährigen Führung des Commando's, gestattet worden, die Uniform des 1. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 4 zu tragen. — Die Lieder-tafel beobachtigt nächsten Montag einen Spaziergang nach dem Stadt-walde mit Fahne und Musik zu veranstalten. — In der Generalversammlung des Turnvereins wurde als Delegierter zum allgemeinen deutschen Turn-tage in Dresden der Turnwart Herr Schubarth aus Königshütte fast einstimmig gewählt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 25. Juni, Abends. Bis jetzt sind 215 Leichen von den bei der Überschwemmung umgekommenen in Toulouse ans Land ge-zogen. Unterstützungscomitée's werden organisiert.

Ein Telegramm des türkischen Ministers des Auswärtigen an den hiesigen türkischen Botschafter vom 24. Juni dementirt formell das Gerücht von einer Herabsetzung der Zinsen der türkischen Staats-schuld und Nichteinlösung des Juli-Coupons.

Mac Mahon, Buffet und Gissey sind heut Abend nach Toulouse abgereist.

Versailles, 25. Juni, Abends. Die Nationalversammlung setzte die Debatte über die Wahl Kergués (Departement Côtes du Nord) fort. Madier verlangte die Erklärung der Ungültigkeit der Wahl. Gambetta wies die Correctheit seines Verfahrens nach. Die Nationalversammlung beschloß trotz des Widerspruchs der Linken bezüglich der seiner Zeit im Justizministerium abhanden gekommenen Be-richte des Generalprocurators Remers, dieselben nicht öffentlich vorlesen zu lassen, worauf Chabaud Latour das vom Berichterstatter Pelletan ebenfalls angegriffene Verhalten des Präfector rechtfertigte. Nach Schluss der Debatte wird die Wahl Kergués mit 459 gegen 141 Stimmen für gültig erklärt.

Barcelona, 25. Juni. Die Alphonisten nahmen heute früh das Fort Miravet ein, wobei 225 Carlisten gefangen genommen wurden.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 25. Juni. Das Bankhaus Fould & Co. geht am 1. Juli an die bisherigen Leiter des Geschäfts, A. & M. Heine, über.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 25. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 205, 00. Pariser do. 81, 30. Wiener do. 183, 10. Böhmisches Wechsel 169. Elisabeth 159. Galiziern 208^{1/2}. Franzosen^{*} 248^{1/2}. Lombarden^{*} 82. Nordwestbahn 131. Silberrente 67%. Papier-rente 64%. Russ. Bodencredit 92%. Russen 1872 103%. Amerikaner 1882 — 1860er Loope 116%. 1864er Loope 303, 00. Creditaction^{*} 195%. Bant-actionen 863, 50. Darmstädter Bant 125%. Brüsseler Bahn —. Berliner Bahnverein 71%. Frankfurter Bahnverein 70%. do. Wechselerbahn —. Westf.-deutsche Bahn 79%. Meininger Bahn 82%. Hahn'sche Effecten —. Prov.-Dis. Gesellschaft —. Continental —. Hess. Ludwigsbahn 102%. Überhessen —. Raab-Grazer —. Ungar. Staatsloose 170, 40. do. Schatz-anweisungen 95%. do. Schatzano. neue 94%. do. Ostb.-Obl. II. 65%. Oregon Eisenb. —. Rockford do. —. Central-Pacific 86%. Reichsbank-Antheilsscheine 139^{1/2}. — Durchweg matt. Geld anziehend. Privat-disconto 3^{1/2} p.c.t.

Nach Schluss der Börse: Creditaction 195^{1/2}, Franzosen 248, Lombarden 82, Reichsbank-Antheilsscheine —.

* per medii resp. per ultimo.

Hamburg, 25. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St. Pr. A. 115. Silber 67%, Credit-Action 195. Nordwestbahn —, 1860er Loope 117^{1/2}, Franzosen 62^{1/2}, Lombarden 205, Ital. Rente 72, Vereins-Bank 118^{1/2}, Laurahütte 91^{1/2}, Commerz 80%, do. II. Em. —, Norddeutsche 137^{1/2}, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 44%, do. neue 66%, Dan. Lomb. —, Dortmunder Union —, Wiener Unionbank —, 64er Russ. Pr. A. —, 66er Russ. Pr. A. —, Amerikaner de 1882 93%, Köln-M. St. A. 99%, Rhein Eisenb. do. 113^{1/2}, Bergisch-Märk. do. 84^{1/2}, Disconto 3^{1/2} p.c.t. — Schluss etwas seiter.

Brasiliatische Bahn 64%, Internationale Bahn 83^{1/2}.

Wechselnotrungen: London lang 20, 43 Br., 20, 37 Gld., London kurz 20, 63 Br., 20, 55 Gld., Amsterdam 170, 65 Br., 169, 85 Gld., Wien 181, 75 Br., 179, 75 Gld., Paris 80, 70 Br., 80, 10 Gld., Petersburger Wechsel 277, 50 Br., 275, 50 Gld., Frankfurt a. M. pr. 100 Mrf. 99, 00 Br., 98, 70 Gld.

Hamburg, 25. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen 126 pfd. pr. Juni 193 Br., 192 Gd., pr. Juni-Juli 191 Br., 190 Gd., pr. Juli-August 190% Br., 189% Gd., pr. September-October 192 Br., 192 Gd., pr. October-November per 1000 Kilo netto 194 Br., 192 Gd. — Roggen pr. Juni 155 Br., 154 Gd., pr. Juni-Juli 150 Br., 149 Gd., pr. Juli-August 149 Br., 148 Gd., pr. September-October 149 Br., 148 Gd., pr. October-November pr. 1000 Kilo netto 149 Br., 148 Gd. Hafer und Gerste still. Rüböl behauptet, loco 60, per October pr. 200 Pfd. 61. — Spiritus fest, pr. Juni 39, per Juli-August 39%, per August-September 40, per September-October per 100 Liter 100 pfd. 41. — Käse sehr fest, Umsatz 3000 Sad. — Petroleum still, Standard white loco 11, 00 Br., 10, 80 Gd., pr. Juni 10, 80 Gd., pr. August-December 11, 00 Gd. — Wetter: Frühe.

Liverpool, 25. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaslicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 17,000 Ballen, davon 8000 Ballen amerikanische, 6000 Ballen östliche.

Liverpool, 25. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Stetig. Verschiffungen unbedeutend, etwas höher gehalten.

Middle Orleans 7%, middling fair Dholera 4%, good middling Dholera 4%, midd. Dholera 4%, fair Bengal 4%, fair Broach —, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 4%, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 8%.

Manchester, 25. Juni, Nachmittags. 12r Water Armitage 7%, 12r Water Taylor 9, 20r Water Michells 10%, 30r Water Gidlow 11%, 30r Water Clayton 12%, 40r Mule Mayall 11%, 40r Medio Willinson 13%, 36r Warpops Qualität Rowland 12%, 40r Double Weston 13%, 60r Double Weston 15%, Printers 15%, 25% 8% pfd. 117. — Markt ruhig, Preise fest.

Antwerpen, 25. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schluß-Bericht.) Weizen matt, dänischer 26. Roggen weichend, Odes-sa 17%. Hafer stetig. Gerste weichend, Donau 17.

Antwerpen, 25. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 26 bez. u. Br., pr. Juni 25% bez. u. Br., pr. Juli 25% Br., pr. September 26% bez., 26% Br., pr. September-December 27% bez. u. Br. Weichend.

Bremen, 25. Juni. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 25, pr. August 10, 50, pr. September 10, 80, pr. October 11, 00 bez. Unverändert.

Berlin, 25. Juni. Die Haltung der heutigen Börse schloss sich der Lenden nicht nur vollkommen an, sondern die Börse machte auch ungehindert weitere Fortschritte. Gerüche von Insolvenzen in Wien, desgleichen die Nachricht von einer Zahlungsstockung in Breslau, suchte die Contremine, zumal die courstrenden Nachrichten nicht eben unverlässlich sein mochten, für ihre Zwecke noch besonders auszubeuten und gelang ihr dabei, einen Theil ihres Engagements in aller Stille zu be-gleichen. Die Prolongationsfälle haben sich wenig gegen gestern verändert.

und bei dem nunmehr verkleinereten Engagement dürfte der weitere Fortgang der Regulierung in der allgemeinen Situation keine wesentliche Änderung vorbringen. Die Arbitragewerte waren recht matt; am festesten zeigten sich Lombarden, die etwas nebriger einliegend, bald ihre gestrig Schlusznoteisitzungsmannen und sich in diesem Niveau bis zum Schlus behaupteten. Auch Österreichische Staatsbahn und Österreich. Creditaction besserten die anfänglichen Courstrückgänge in Folge der ausgeführten Dedungskläufe, immerhin gingen erste mit einer Einbuße von 2 Mark, letztere mit einer Einbuße von 4 Mark gegen die lechte Schlusznote aus dem heutigen Verkehr her vor. Die localen Speculationswerthe wurden lebhafter gehandelt und zeichnete sich namentlich Disconto-Commandit in dieser Hinsicht aus, für dies Effect war die Tendenz anfänglich matt, doch bestätigte sich die Stim-mung später, 152, ult. 151,75—152,50—152,25. Dortmunder Union 8,50 ult. 8—8,50, Laurahütte 93, ult. 93—93,25—92,75. Österreichische Neben-bahnen zeigten sich matter, nur Österreichische Nordwestbahn und Rudolfs-bahn fest bei regerem Verkehr. Die auswärtigen Staats-Anleihen verhielten sich trotz des geringen Verkehrs fast sämlich weichend, vorzugsweise waren Türkische matt und niedriger. Russische Werthe eher matt, Prämien-Anleihen sehr fest, Stieglitz VI. beachtet. Preußische Bonds waren fest aber still, andere deutsche Staatspapiere gingen nur schwach um und liehen meist in den Courses etwas nach. Preußische Prioritäten recht fest, Steffiner IV. offerirt, Bergische VII. dessgl. 4½ procentige und Oberösterreichische de 1874 in gutem Verkehr; Halle-Sorau behauptet. Oester. Prioritäten zeigten sich im Ganzen fest, der Umsatz blieb aber nur gering, Lombarden 5%ige in guter Frage. Russische Prioritäten wenig beachtet. Auf dem Eisenbahnauction-Märkte herrschte eine vorwiegend matt Tendenz, obgleich für die rhein.-westf. Speculationswerthe ein ziemlich umfangreiches Dedungsbüro für sie be-merkbar machte. Halberst. besser, Amt. unverändert, Potsdamer nachgebend. Leichte Bahnen in sehr geringem Verkehr. Bankacionen meist wenig beachtet, im Allgemeinen aber nicht gerade matt. Berliner Bankverein und Preuß. Bodencredit anziehend, letztere auch verhältnismäßig lebhaft. Producenten- und Handelsbank ebenfalls zu höherem Course belebt, Geraer Bank an-ziehend, Coburger fest, aber ohne Umsatz, Schaffhausen ging reger um, Darm-städter matt, Bergisch-Märkische Bahn offerirt. Industriepapiere sehr still. Brandenburgsche Brauerei offerirt, Große Veredelbahn, Senften getragt, Veredel-bahn Charlottenburg angeboten, Flora belebt und höher. Oberösterreichische Eisenbahnbörsen besser, Rathenower Holz matter, Leopoldshall höher, Westf. Draht matter, Centrum anziehend, Louise zwar schwächer, im Course aber recht lebhaft, Harpener (alte) zu steigendem Course geführt. Bochumer besser, König Wilhelm gefügt, Tarnowiger höher, Schles. Kohlen u. Märk.-Weißf. belebt und steigend. — Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 392, Lomb. 152,25, Dorin. Union 8½, Laura 93. (Bank- u. S. 3.)

Paris, 25. Juni, Abends. Bis jetzt sind 215 Leichen von den bei der Überschwemmung umgekommenen in Toulouse ans Land ge-zogen. Unterstützungscomitée's werden organisiert.

Ein Telegramm des türkischen Ministers des Auswärtigen an den hiesigen türkischen Botschafter vom 24. Juni dementirt formell das Gerücht von einer Herabsetzung der Zinsen der türkischen Staats-schuld und Nichteinlösung des Juli-Coupons.

Mac Mahon, Buffet und Gissey sind heut Abend nach Toulouse abgereist.

Versailles, 25. Juni, Abends. Die Nationalversammlung setzte die Debatte über die Wahl Kergués (Departement Côtes du Nord) fort. Madier verlangte die Erklärung der Ungültigkeit der Wahl. Gambetta wies die Correctheit seines Verfahrens nach. Die Nationalversammlung beschloß trotz des Widerspruchs der Linken bezüglich der seiner Zeit im Justizministerium abhanden gekommenen Be-richte des Generalprocurators Remers, dieselben nicht öffentlich vorlesen zu lassen, worauf Chabaud Latour das vom Berichterstatter Pelletan ebenfalls angegriffene Verhalten des Präfector rechtfertigte. Nach Schluss der Debatte wird die Wahl Kergués mit 459 gegen 141 Stimmen für gültig erklärt.

Barcelona, 25. Juni. Die Alphonisten nahmen heute früh das Fort Miravet ein, wobei 225 Carlisten gefangen genommen wurden.

Berlin, 25. Juni. [Producentenbericht.] Roggen wurde heute neu-erdings besser bezahlt, fühlte jedoch ruhiger und nur für spätere Sichten noch etwas höher als gestern. Loco ist der Handel nach wie vor unbedeutend. — Roggenmehl etwas höher. — Weizen anfänglich ziemlich begehrt und höher, was schließlich reicher angeboten. — Hafer loco matt, Termine fest. — Rüböl in sehr bechränktem Verkehr, Preise kaum behauptet. — Spiritus bei sehr spärlichen Offertern etwas höher, doch eher matt zum Schluss.

Weizen loco 160—193 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber galizischer — M. ab Bahn bez., ordinärer weißbunter polnischer — M. bei., pr. Mai-Juni 186—187—188% M. bez., pr. Juni-Juli 186—187—188% M. bez., pr. Juli-August 187—188—187% M. bez., pr. Au-gust-September — M. bez., pr. September-October 192½—193½—192½ M. bez., pr. October-November — M. bez., — Gelindigt 28,000 Ctnr. Kündigungspreis 187 M. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 129—162 M. nach Qualität gefordert, russischer und galizischer 129—142 M. bez., ordinärer russischer — M. bez., inländischer 153—162 M. ab Bahn bez., ordinärer in-ländischer — M. ab Bahn bez., pr. Mai-Juni 141—142—140% M. bez., pr. Juni-Juli 141—142—140% M. bez., pr. Juli-August 141—142—140% M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 145%—146—145% M. bez., — Gelindigt 19,000 Ctnr. Kündigungspreis 140 M. — Gerste loco 120—156 M. nach Qualität gefordert, — Hafer loco 120—155 M. nach Qualität gefordert, schlechter — M. bez., ostpreußischer 150—170 M. bez., westpreußischer 150—170 M. bez., russischer 125—178 M. bez., ungarischer und galizischer 120—150 M. bez., pommerischer 163—189 M. ab Bahn bez., medlenburger 163—189 M. ab Bahn bez., pr. Mai-Juli 157—158—157 M. bez., pr. Juni-Juli 157—158—157 M. bez., pr. Juli-August 153—153 M. bez., pr. September-October 148% M. bez., — Gelindigt 15,000 Ctnr. Kündigungspreis 157% M. — Erbien: Kochware 174—232 M. Futterware 150—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sad. Nr. 0 25,50—24,50 M., Nr. 0 und 1 24,00—22,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 22,25—21,25 M., Nr. 0 und 1 20,50—18,50 M. bez., — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Mai-Juni 20,65 M. bez., pr. Juni-Juli 20,65 M. bez., pr. Juli-August 20,65 M. bez., pr. August-September 20,75—20 M. bez., pr. September-October 20,80 M. bez., pr. October-November 20,80 M. bez., — Gelindigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Delfsaten: Raps — M., Rüböl — M. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. loco ohne Jäh 57 M. bez., mit Jäh — M. bez., pr. Mai-Juni 57,5 M. bez., pr. Juni-Juli 57,5 M. bez., pr. Juli-August 57,8 M. bez., pr. September-October 60 M. bez., pr. October-November 60,6 M. bez., pr. November-December 61,3 M. bez., — Gelindigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. bez., — Leinöl loco 60 M. — Petroleum per 100 Kilo incl. Jäh 58 M. bez., pr. Mai-Juni 25 M. bez., pr. Juni-Juli 25 M. bez., pr. Juli-August 25 M. bez., pr. September-October 24,3—24,2 M. bez., — Gelindigt — Barrels. Kündigungs-preis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Jäh“ 54,3—7 M. bez., ab Speicher

M. bez., pr. Mai-Juni 54,4 M. nom. bez., pr. Juni-Juli 54,4 M. nom. bez., pr. Juli-August 54—54,5—54,3 M. bez., pr. August-September 55—55,4—55,3 M. bez., pr. September-October 54—54,5—54,1 M. bez. Ge-kündigt

34,5—34,4 M. — Schluss etwas seiter.

Breslau, 26. Juni, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markt war die

Stimmung für Getreide wenig verändert, bei mäßigen Zuflüssen und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwächerem Angebot preishaltend, per 100 Kilogr. fröhlicher weißer 15,50 bis 16,20—18,20 Mark, gelber 14,70—15,50—17,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen war wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 13,30 bis 14,40 bis 15,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste gut preishaltend, per 100 Kilogr. 11,70—13,20 Mark, weiße 13,40 bis 14,40 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 13,80 bis 14,50 bis 16,30 Mark, feinster über Notiz.

Maiss gut verkauflich, per 100 Kilogr. 12—12,40 Mark.

Erbien mehr beachtet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen ohne Umsatz, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 16—17 Mark, blaue 15,50—16,50 Mark.

Widen wenig offerirt, per 100 Kilogr. 19—20—22 Mark.